

Die politische Entwicklung Kambodschas seit 1970, der kambodschanisch-vietnamesische Konflikt und die Möglichkeiten seiner Lösung

Peter Schier

Vorbemerkung

Vom 13. bis 17. Juli 1981 fand in New York die Internationale Kambodscha-Konferenz der Vereinten Nationen statt. Aufgabe dieser Konferenz war es, Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt in und um Kambodscha zu erarbeiten. Da Vietnam als einer der Hauptbeteiligten an diesem Konflikt und fast alle Ostblockstaaten eine Teilnahme an der Kambodscha-Konferenz abgelehnt hatten, mußte es das Ziel der in New York versammelten Vertreter von immerhin 93 Staaten sein, einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, der zumindest theoretisch für Vietnam verhandlungsfähig war, um damit direkte Verhandlungen mit Vietnam einzuleiten zu versuchen. Zur Beurteilung der Ergebnisse dieser Konferenz, die im letzten Teil dieses Artikels sowie in dem Indochina-Beitrag von Oskar Weggel behandelt werden, erscheint es sinnvoll, zunächst noch einmal kurz auf die politische Entwicklung Kambodschas seit 1970 einzugehen und sodann etwas ausführlicher die Hauptursachen des kambodschanisch-vietnamesischen Konflikts zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund wird zum Schluß auf die nach der Kambodscha-Konferenz der UNO noch verbleibenden Lösungsmöglichkeiten eingegangen und die nicht nur moralisch sondern auch politisch höchst problematische Anerkennung des Demokratischen Kampuchea (DK) als legitime Vertretung Kambodschas bei den Vereinten Nationen diskutiert. Die Entscheidung über die Anerkennung des DK bei der UNO wird die UN-Vollversammlung zu Beginn ihrer diesjährigen Sitzungsperiode am 15. September 1981 erneut beschäftigen.

1. Der Sturz Norodom Sihanouks und seine Folgen

Der Niedergang Kambodschas im 20. Jahrhundert wurde eingeleitet mit dem Sturz von Staatschef Prinz Norodom Sihanouk durch General Lon Nol am 18. März 1970. Die hauptsächlichen Ursachen des Sturzes von Norodom Sihanouk lagen in der Unzufriedenheit von bedeutenden Teilen des kambodschanischen Bürgertums mit der Wirtschafts- und Personalpolitik Sihanouks. Hinzu kam der Unmut unter Teilen der Armee über die sihanoukistische Außenpolitik gegenüber Nordvietnam (DRV) und den USA. Eine direkte Beteiligung der CIA am Sturz Sihanouks konnte bis heute nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, und wenn es sie gegeben hat, dann stellte sie mit Sicherheit nicht die Hauptursache für den Sturz des Prinzen dar (1).

Der Sturz von Norodom Sihanouk bedeutete das Ende einer auf Unabhängigkeit bedachten kambodschanischen "Schaukelpolitik" zwischen nordvietnamesischer Bedrohung und amerikanischen Interessen: Sihanouk-Nachfolger Lon Nol verbündete sich mit den USA und erklärte den nordvietnamesischen Kommunisten den Krieg.

Norodom Sihanouk schloß nach seinem Sturz in seinem Beijinger Exil mit den Roten Khmer, d.h. mit der Kommunistischen Partei Kampuchreas (KPK), ein Einheitsfront-Bündnis (FUNK) und einigte sich mit den kambodschanischen Kommunisten auf

ein gemäßigtes Einheitsfront-Programm, das u.a. weitgehende politische, ökonomische und religiöse Freiheitsrechte für das "befreite" Kambodscha vorsah. Dieses "politische Programm der Nationalen Einheitsfront von Kampuchea" wurde jedoch in wesentlichen Teilen spätestens ab 1972 von den Roten Khmer nicht mehr befolgt.

Der fünfjährige Krieg zwischen den Truppen der FUNK und der "Khmer-Republik" Lon Nols wurde mit massiver Hilfe von außen geführt (USA - DRV u. VRCh) und endete mit dem Sieg der FUNK bzw. der Roten Khmer am 17. April 1975 (Eroberung von Phnom Penh).

2. Die Herrschaft der Roten Khmer

Nach der Eroberung Phnom Penhs am 17.4.1975 begannen die Roten Khmer die in den von ihnen "befreiten" Gebieten bereits seit 1973 partiell durchgesetzten radikalen gesellschaftlichen Veränderungen landesweit zu verwirklichen.

Ziel der Roten Khmer war die Schaffung einer völlig "reinen" kommunistischen Gesellschaft, und zwar ohne das Übergangsstadium des Sozialismus. Kambodscha sollte als erstes Land der Welt in den Kommunismus eintreten und so leuchtendes Beispiel für die anderen sozialistischen Staaten und Entwicklungsländer werden. Vorbild für die in Kambodscha zu errichtende kommunistische Gesellschaftsordnung scheinen für die Roten Khmer vor allem die von Mao Zedong konzipierten totalen gesellschaftlichen Kollektivierungsmaßnahmen im Rahmen der Volkskommunenbewegung in der Volksrepublik China im Jahr 1958 gewesen zu sein, die dort aufgrund des großen Widerstands der Bevölkerung und einer starken innerparteilichen Opposition gescheitert waren. Die völlige Auflösung des traditionellen Familiensystems und der traditionellen Dorfstruktur durch separate Unterbringung der Generationen und Geschlechter, durch Abschaffung der privaten Kochstellen und Errichtung von Kollektivküchen und Kantinen und durch militärische Organisation der Arbeit hat es sowohl während der heißen Phase der Volkskommunenbewegung in der VR China (1958) als auch in den Jahren von 1973 bis 1978 unter der Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha gegeben. Auch die Abschaffung des Geldes und die Einführung eines Versorgungssystems im Kambodscha der Roten Khmer haben ihre Ursprünge im China des Jahres 1958. Die xenophobische Politik totaler Selbstisolierung und völliger ökonomischer Eigenständigkeit, die Verabsolutierung des "Klassenkampfes", der Wirtschaftsaufbau durch erzwungene Massenaktionen und das Volkskriegsdenken der KPK-Führung waren mehr oder weniger identisch mit dem von Mao Zedong und seinen Anhängern verfochtenen Entwicklungskonzept einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft.

Das radikale Ziel der Roten Khmer und die negativen Erfahrungen der maoistischen Linken bei seiner Durchsetzung in China machten in den Augen der kambodschanischen Kommunisten radikale Maßnahmen für seine erfolgreiche Verwirklichung

notwendig. Die Roten Khmer entschlossen sich daher zu einer völligen Beseitigung aller realer und potentieller politischer, sozialer und institutioneller Widerstände gegen die Schaffung einer absolut reinen kommunistischen Gesellschaft. In der Praxis bedeutete dies die völlige Zerschlagung der alten Gesellschaft und die weitestgehende Liquidierung ihrer Träger und Repräsentanten. Die Städte wurden - als frühere Zentren politischer und wirtschaftlicher Macht - zwangs-evakuiert und damit als mögliche Widerstandsnester gegen die neue Ordnung ausgeschaltet. Die alte Stadtbevölkerung wurde zur Zwangsarbeit aufs Land umgesiedelt und als "Objekt des Klassenkampfes", d.h. als Feind, behandelt. Um auch einer Solidarisierung von unzufriedenen Bauern auf der Grundlage der traditionellen Dorfgemeinschaft zuvorzukommen, wurde die traditionelle Dorfstruktur zerschlagen und Teile der Dorfbevölkerung in anderen ländlichen Gemeinschaften angesiedelt - so entstanden Kollektive, in denen keiner dem anderen trauen konnte. Frühere Regierungsbeamte und Militärs, Unternehmer, Händler und Handwerker, Intellektuelle sowie die buddhistische und islamische Geistlichkeit wurden offenbar systematisch aufgespürt und direkt (Tod durch Erschießen, Erschlagen u.ä.) oder indirekt (Entzug von Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe, systematische Überarbeitung) umgebracht. Darüber hinaus wurde wahrscheinlich die Mehrzahl der in Kambodscha lebenden Angehörigen der nationalen Minderheiten (Chinesen, Vietnamesen und Cham) liquidiert bzw. - wie im Fall der meisten Vietnamesen - vertrieben. Die Chinesen und Vietnamesen hatten früher den Handel und bestimmte Industrie- und Handwerkszweige dominiert, während sich die Cham zum Islam bekannten. Wieviele Menschen zwischen April 1975 und Dezember 1978 aufgrund der radikalen Innenpolitik des Pol-Pot-Regimes einen unnatürlichen Tod sterben mußten, wird sich exakt wahrscheinlich nie feststellen lassen, denn seit Jahren fehlen verlässliche Angaben zur Bevölkerungsentwicklung in Kambodscha, die sich im nachhinein kaum erarbeiten lassen dürften. Ich schätze, daß ca. 1 Million Kambodschaner - darunter vor allem die Angehörigen der früheren Stadtbevölkerung - der "Klassenkampf"-Politik der Roten Khmer in den dreieinhalb Jahren ihrer Herrschaft zum Opfer fielen, d.h. zwischen 13 und 14 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung zur Zeit des Machtantritts des Pol-Pot-Regimes (2). Die meisten von ihnen wurden nicht direkt sondern indirekt durch Verweigerung von ausreichenden Nahrungsmitteln und Medikamenten und durch Überarbeitung umgebracht.

Die von den Roten Khmer während ihrer Herrschaft begangenen Verbrechen erfüllen meines Erachtens eindeutig den Tatbestand des Völkermords gemäß der Konvention der Vereinten Nationen zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermords vom 9. Dezember 1948. Nach Artikel II dieser Konvention werden als Völkermord "die folgenden Akte verstanden, in der Absicht begangen, ganz oder teilweise eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche zu zerstören:

1. Das Töten von Mitgliedern der Gruppe;
2. die schwere körperliche oder geistige Beschädigung von Mitgliedern der Gruppe;
3. die bewußte Schaffung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die sie - ganz oder teilweise - physisch zu zerstören bestimmt sind;
4. Maßnahmen, die zum Ziel haben, Geburten in der Gruppe zu verhüten;
5. Zwangsüberführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe."

Möglicherweise mit Ausnahme der unter Punkt 4 aufgeführten Maßnahmen wurden - zahlreichen Flüchtlingsberichten zufolge - während der Herrschaft der Roten Khmer von 1975 bis 1978 alle in der UN-Konvention genannten Handlungen gegenüber der

chinesischen Minderheit, den Cham und ihren religiösen Führern, den buddhistischen Mönchen, den Intellektuellen, den Händlern und anderen Schichten der alten Stadtbevölkerung begangen.

Die systematische Zerstörung der traditionellen kambodschanischen Kultur und Gesellschaft sowie die systematische Verfolgung und Liquidierung großer Teile der Bevölkerung durch das Pol-Pot-Regime führten dazu, daß offenbar die überwältigende Mehrheit des kambodschanischen Volkes den Sturz des Terrorregimes der Roten Khmer durch vietnamesische Truppen am 7. Januar begrüßte und die Besetzung Kambodschas durch ca. 200.000 vietnamesische Soldaten als Schutz vor einer Rückkehr der Roten Khmer an die politische Macht akzeptierte.

3. Der Konflikt zwischen dem Demokratischen Kambuchea und der Sozialistischen Republik Vietnam, seine Ursachen und die Ziele Vietnams in Indochina(3)

3.1. Zur Charakterisierung und Einordnung des kambodschanisch-vietnamesischen Konflikts

Der Konflikt zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) und dem Demokratischen Kambuchea (DK) ist - im Gegensatz zu einigen Darstellungen - ursächlich in erster Linie kein Stellvertreter-Krieg zwischen China und Vietnam bzw. der Sowjetunion um die Vorherrschaft auf der indochinesischen Halbinsel. Die Wurzeln dieses Konfliktes liegen vielmehr in der mehr als 1000jährigen Expansion Vietnams nach Süden, von der Kambodscha seit Ende des 17. Jahrhunderts betroffen ist. Dem kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt liegt das langgehegte Ziel der vietnamesischen Kommunisten zugrunde, einen indochinesischen Staatenbund unter vietnamesischer Führung zu etablieren.

Die beiden sozialistischen Großmächte konnten sich in dem kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt nur deshalb engagieren, weil sowohl Kambodscha als auch Vietnam für die Durchsetzung ihrer Ziele massiver Unterstützung von außen bedurften:

- Die Sozialistische Republik Vietnam war und ist nur mit Hilfe umfangreicher sowjetischer Unterstützung in der Lage, Kambodscha zu besetzen und seine Führungsrolle in Indochina gegen den verdeckten Vier-Fronten-Krieg (4), den die Volksrepublik China (VRCh) gegenwärtig gegen Vietnam führt, zu verteidigen.
- Das Demokratische Kambuchea wiederum konnte letztlich nur mit massiver chinesischer Hilfe versuchen, der Dominierung durch Vietnam zu entgehen, und kann heute nur mit Hilfe der VRCh politisch und militärisch überleben.

Auf der anderen Seite wollten sich die Sowjetunion und China in dem kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt engagieren, weil bei beiden ein starkes politisches Einflußinteresse im indochinesischen Raum bestand und besteht. Die Sowjetunion erhoffte sich hierdurch, im südostasiatischen Raum politisch und militärisch (Flottenstützpunkte) Fuß zu fassen und - vor allem - einem chinesischen Einfluß auf die indochinesische Halbinsel Einhalt zu gebieten. Die Volksrepublik China wiederum unterstützte das Demokratische Kambuchea, um zumindest eine vollständige Vietnamisierung des alten Indochina und damit eine Führungsrolle Vietnams (mit der Sowjetunion im Hintergrund) auf der indochinesischen Halbinsel zu verhindern.

Diese Koinzidenz der Interessen der lokalen Konflikt-Parteien mit denen der Sowjetunion und Chinas führten dazu daß der kambodschanisch-vietnamesische Konflikt spätestens ab Ende 1977 in das Spannungsfeld des sino-vietnamesischen Konfliktes um die Vorherrschaft in Indochina geriet und - bei zunehmender Abhängigkeit Vietnams von der Sowjetunion - auch in das Spannungsfeld des sino-sowjetischen Konflikts.

Die Okkupation Kambodschas durch vietnamesische Truppen Ende 1978/Anfang 1979 und der Sturz des Pol-Pot-Regimes führten zur Eskalation des chinesisch-vietnamesischen Verhältnisses: Im Frühjahr 1979 marschierten chinesische Truppen in einer zeitlich und räumlich begrenzten Aktion in Vietnam ein. Der chinesische "Straffeldzug" gegen Vietnam bewirkte jedoch nicht den Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und resultierte in einer weiteren Verschlechterung sowohl des sino-vietnamesischen als auch des sino-sowjetischen Verhältnisses.

In der Folge wurde das traditionelle Konfliktpotential zwischen Kambodscha und Vietnam weitgehend außer Kraft gesetzt, da die große Mehrheit der kambodschanischen Bevölkerung in Anbetracht einer fehlenden akzeptablen politischen Alternative die vietnamesische Besetzung Kambodschas einer Rückkehr des Völkermordregimes Pol Pot an die politische Macht vorzog und vorzieht. Dadurch und aufgrund der totalen Abhängigkeit der Roten Khmer von chinesischer Hilfe nahm der Konflikt zwischen den gestürzten Kräften des Demokratischen Kampuchea und der Sozialistischen Republik Vietnam nahezu ausschließlich den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen der VR China und Vietnam an.

3.2. Die hauptsächlichen Ursachen des Konflikts zwischen dem Demokratischen Kampuchea und der Sozialistischen Republik Vietnam und die Ziele Vietnams in Indochina

Dem kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt liegen meines Erachtens folgende drei Hauptursachen zugrunde, die sich im wesentlichen auf expansive Ziele Vietnams in Indochina zurückführen lassen:

3.2.1 Die Suche nach Reis und Lebensraum und die Annexion von Kampuchea Krom durch Vietnam

Die Annexion von Kampuchea Krom, der späteren französischen Kolonie Cochinchina, durch Vietnam bzw. Annam im 17. und 18. Jahrhundert bildete den Ausgangspunkt des kambodschanisch-vietnamesischen Konfliktes. Den Hauptgrund für die vietnamesische Expansion in den Südzipfel der indochinesischen Halbinsel bildeten vor dem Hintergrund einer rasch wachsenden anamitischen Bevölkerung bei begrenzt vorhandenen landwirtschaftlichen Anbauflächen die großen potentiellen Reisanbau-Gebiete im überaus fruchtbaren kambodschanischen Mekong-Delta, die in etwa ebenso groß wie die Reisanbauflächen von Annam und Tonking zusammen waren.

Die kambodschanische Bevölkerung reagierte gegen die in Kampuchea Krom im 17. und 18. Jahrhundert etablierte vietnamesische Fremdherrschaft mit zahlreichen Erhebungen. Auf die Khmer-Aufstände antworteten die vietnamesischen Besatzer von Kampuchea Krom - insbesondere ab Beginn des 19. Jahrhunderts - mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen und forcierter Vietnamisierung. Nach einem Aufstand der Khmer zu Beginn der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts marschierten Truppen des 1802 wiedervereinigten Vietnams in Kambodscha ein, besetzten den größten Teil des Landes und rangen in der Folge mit Thailand bzw. Siam um die Oberherrschaft über Kambodscha. Die Tatsache, daß die Vietnamesen in Kambodscha und Kampuchea Krom alles unternahm, um die Khmer ihrer administrativen Traditionen, ihrer Gebräuche, ihrer Sprache und ihres Glaubens zu berauben, erzeugte einen kollektiven Haß der

Khmer gegen alles Vietnamesische, der teilweise bis in die heutigen Tage andauert.

Die Suche nach Reis bzw. Reisanbauflächen muß auch für die vietnamesische Expansion gegenüber Kambodscha im 19. und 20. Jahrhundert als eine der Hauptursachen betrachtet werden:

- Das alte Kambodscha in seinen Grenzen zu Anfang des 17. Jahrhunderts war die Reiskammer der indochinesischen Halbinsel. Selbst nach Verlust von Kampuchea Krom, das einen territorialen Verlust um 25% bedeutete, die potentielle Reisanbaufläche Kambodschas jedoch um ca. 35% verminderte, wies das restliche Kambodscha immer noch potentielle Reisanbaugebiete in einer Größe auf, die in etwa den Reisanbaugebieten von Vietnam entsprachen, während die kambodschanische Bevölkerung nur etwa ein Siebtel der vietnamesischen Bevölkerung ausmachte. Kambodscha verfügte also selbst nach Abtrennung von Kampuchea Krom pro Kopf seiner Bevölkerung über wesentlich mehr an potentieller und realer Reisanbaufläche als Vietnam. Während in Vietnam 1978 ca. 155 Menschen pro qkm lebten, waren es in Kambodscha nur ca. 35. Kambodscha verfügte 1978 pro Kopf seiner Bevölkerung über etwa 2,5mal soviel an realer Reisanbaufläche wie Vietnam und könnte - im Gegensatz zu Vietnam - bei Bebauung aller potentiellen Reisanbaugebiete seine reale Reisanbaufläche auf 30.000 qkm vergrößern und damit im Vergleich zu 1978 verdoppeln.

- Nach der Wiedervereinigung Vietnams im Jahre 1976 gelang es den Vietnamesen nicht, das Versorgungsproblem grundlegend zu lösen. Im Gegenteil, nach einer anfänglichen Besserung der Versorgungslage in den Jahren 1976 und 1977 folgte 1978 der große Einbruch aufgrund des Beginns der Sozialisierung der Landwirtschaft im Süden, der Vernachlässigung des Wasserbausystems und großer Überschwemmungen: Die vietnamesische Landwirtschaft produzierte 4 Mio.t Reis weniger, als für die Versorgung der Bevölkerung notwendig gewesen wäre.

- Vor dem Hintergrund der geographischen Konzentration der Reisanbaugebiete auf der indochinesischen Halbinsel in Kambodscha und Kampuchea Krom sowie der schwierigen Versorgungslage und relativen Übervölkerung Vietnams muß der im Januar 1978 öffentlich erhobene Anspruch Vietnams begriffen werden, demzufolge "die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha seit unvordenklichen Zeiten historisch und geographisch miteinander verbunden sind" (Hervorhebungen von mir; P.S.). Daß die kambodschanischen Reiskulturen einen der Beweggründe Vietnams darstellen, Kambodscha zu annektieren und einen indochinesischen Staatenbund unter vietnamesischer Vorherrschaft zu etablieren, sprach Che Viet Tan, einer der führenden vietnamesischen Wirtschaftsplaner, im August 1979 in einem Artikel für die theoretische Monatszeitschrift der KPV, Tap Chi Cong San, indirekt an: "Gemäß der sicheren strategischen Stellung, die Vietnam, Laos und Kampuchea miteinander verbindet, soll die Umorganisation der Kampfzonen mit der Planung neuer Wirtschaftszonen, mit der Umverteilung der Arbeitskräfte und mit dem Aufbau der Lebensmittelproduktionszonen, der Industriegebiete und der Infrastruktur kombiniert werden. Die Umsiedlung von etwa 10 Millionen Menschen vom Delta des Roten Flusses und vom Tiefland von Zentralvietnam in die Grenzgebiete, auf verschiedene Inseln, in das zentralvietnamesische Hochland, in die westlich von den annamitischen Kordillereprovinzen liegenden Gebiete dient der Vergrößerung der Anbaufläche und dem Aufbau neuer Kampfzonen." (Hervorhebungen von mir; P.S.)

3.2.2. Die Verschärfung des kambodschanisch-vietnamesischen Konfliktpotentials durch die französische Kolonialpolitik

Mit dem Eindringen des französischen Kolonialismus in die indochinesische Halbinsel in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der vietnamesischen Expansion und der siamesisch-vietnamesischen Dominierung Kambodschas ein vorläufiges Ende gesetzt. Kambodscha wurde 1863 französisches Protektorat und 1887 zusammen mit den französischen Protektoraten Tongking, Annam und Laos sowie der französischen Kolonie Cochinchina in der "Union Indochinoise", einem künstlich geschaffenen Kolonienverbund, zusammengeschlossen. Obwohl die französischen Kolonialherren damit Kambodscha vor dem Zugriff durch Vietnam und Siam retteten, führten mindestens zwei ihrer Maßnahmen dazu, daß sich das im Verlauf der Annexion von Kampuchea Krom entstandene Konfliktpotential zwischen Vietnam und Kambodscha noch erheblich verschärfte:

1. Die französischen Kolonialherren unterstützten die Ansiedlung von vietnamesischen Bauern, Fischern, Handwerkern und Arbeitern in Kambodscha. Auch die französischen Handelshäuser in Kambodscha stellten fast ausschließlich Vietnamesen als Angestellte ein. Schließlich besetzte die französische Kolonialverwaltung die unteren Ränge der kambodschanischen Administration mit einer großen Anzahl von vietnamesischen Beamten. Alle diese Maßnahmen waren zumindest objektiv dazu angetan, die Antagonismen zwischen Kambodschanern und Vietnamesen zu verstärken, indem dadurch das Superioritätsgefühl der Vietnamesen gegenüber den Kambodschanern verstärkt und der Inferioritätskomplex der Khmer und ihr Haß auf die Vietnamesen vergrößert wurden.
2. Zwischen 1869 und 1942 trennten die Franzosen große Gebiete von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung von Kambodscha ab und übereigneten sie ihrer Kolonie Cochinchina bzw. dem französischen Protektorat Annam. Hierbei handelte es sich durchgehend um Regionen, die mehrheitlich von Khmer bewohnt und bewirtschaftet wurden. Nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft in Indochina wurden diese Gebiete jedoch nicht wieder an Kambodscha zurückgegeben, sondern gingen in vietnamesisches Territorium über. Die Entkolonisierung Indochinas hatte Kambodscha zwar die Unabhängigkeit gebracht, die koloniale Grenzziehung jedoch nicht aufgehoben. Die kolonialen Grenzen waren zudem kartographisch schlecht definiert und an der Grenze ungenügend markiert worden, so daß allein darin künftige Grenzzwischenfälle angelegt waren.

Bewaffnete Grenzauseinandersetzungen zwischen Vietnam und Kambodscha ereigneten sich seit 1954 regelmäßig. Nach dem Sieg der Roten Khmer und der Eroberung Südvietnams durch die vietnamesischen Kommunisten setzten sich die Grenzzwischenfälle zwischen Kambodscha und Vietnam in erheblich verstärktem Maße fort. Hauptgrund hierfür waren vietnamesische Gebietsansprüche auf kambodschanisches Territorium, das noch 1967 von den vietnamesischen Kommunisten ausdrücklich als solches anerkannt worden war. Hauptsächlich aufgrund dieser vietnamesischen Territorialforderungen, die sich seit Anfang 1976 eindeutig nachweisen lassen, scheiterten alle folgenden Grenzverhandlungen zwischen dem Demokratischen Kampuchea und Vietnam.

3.2.3. Die Übernahme und Fortsetzung des traditionellen vietnamesischen Expansionsstrebens auf der indochinesischen Halbinsel durch die vietnamesischen Kommunisten

Die dritte grundlegende Ursache des Konfliktes zwischen dem Demokratischen Kampuchea und der Sozialistischen Republik

Vietnam stellte - neben vietnamesischen Gebietsansprüchen auf kambodschanisches Territorium - die Forderung der Kommunistischen Partei Vietnams dar, mit der Kommunistischen Partei Kampucheas und dem von ihr geführten Demokratischen Kampuchea in "besondere Beziehungen" zu treten.

3.2.3.1. Vietnamesische Gebietsansprüche auf kambodschanisches Territorium

Vietnamesische Gebietsansprüche auf noch 1967 von Vietnam anerkanntes kambodschanisches Territorium lassen sich seit spätestens Anfang 1976 eindeutig nachweisen:

1. Im Frühjahr 1976 veröffentlichten das Organ der Partei der Werktätigen Vietnams, Nhan Dan, und das Organ der vietnamesischen Armee, Quan Doi Nhan Dan, eine Karte der vietnamesischen Provinz Kien Giang, in der eine eindeutig von der Breviê-Linie (5) abweichende und zugunsten Vietnams gezogene Seegrenze eingezeichnet worden war. Bei Fortzeichnung der in dieser vietnamesischen Karte vorgenommenen Grenzmarkierung fiel die kambodschanische Inselgruppe Poulo Way in vietnamesische Hoheitsgewässer.
2. Im Mai 1977 gab die Sozialistische Republik Vietnam eine Erklärung über ihre Territorialgewässer ab, in der sie Anspruch auf den größten Teil der von Kambodscha beanspruchten maritimen Gebiete erhob, darunter die Inseln Poulo Way und Koh Tang.
3. Im Januar 1978 bezeichnete das vietnamesische Außenministerium die in einer im August 1977 veröffentlichten DK-Karte angegebene Grenzziehung zwischen Kambodscha und Vietnam als "überhaupt nicht den historischen Realitäten entsprechend". Dieser Vorwurf wurde - in abgewandeltem Wortlaut - am 7. April 1978 vom SRV-Außenministerium wiederholt. Die in der DK-Karte eingetragene Land- und Seegrenze sei - so der vietnamesische Vorwurf - der Ausdruck "der Landgier und territorialer Ambitionen" der kambodschanischen Seite. Die in der DK-Karte von 1977 eingetragene Landgrenze entspricht jedoch der vom "Service Géographique de l'Indochine" herausgegebenen und vor 1954 benutzten Karte, d.h. der kolonialen Grenzziehung, und ist sowohl im Mai bzw. im Juni 1967 und im April 1970 als auch im Mai 1976 von den vietnamesischen Kommunisten anerkannt worden. Als Seegrenze ist in der DK-Karte die Breviê-Linie eingetragen, die noch 1967 und 1970 sowohl von den nordvietnamesischen als auch von den südvietnamesischen Kommunisten als Seegrenze anerkannt worden ist. Die Vietnamesen erkannten also Anfang 1978 nicht nur wie schon im Mai 1976 und im Mai 1977 die Breviê-Linie nicht als Seegrenze zwischen Kambodscha und Vietnam an, sondern versagten nun auch der bestehenden Landgrenze ihre Anerkennung. Eine Begründung wurde lediglich (und auch nur inoffiziell) für die vietnamesische Nichtanerkennung der Breviê-Linie als Seegrenze zwischen Vietnam und Kambodscha gegeben. So erklärte im August 1977 ein hoher vietnamesischer Beamter dem FEER-Korrespondenten Nayan Chanda: "Als wir die Breviê-Linie (als Seegrenze) anerkannten, waren wir uns über jene neuen Phänomene der Territorialgewässer, der Festlandsockel etc. nicht im klaren."

Bezeichnenderweise veröffentlichte die von Vietnam eingesetzte kambodschanische Regierung unter Heng Samrin/Pen Sovan 1979 eine Broschüre, in der eine Karte der Volksrepublik Kampuchea abgedruckt ist, die keinerlei Seegrenzen zwischen Vietnam und Kambodscha verzeichnet.

4. Anfang 1978 veröffentlichte Vietnam in zwei Broschüren eine Karte über kambodschanische Grenzprovokationen, die

den Papageienschnabel nicht mehr als kambodschanisches Territorium ausweist. Aus dem Papageienschnabel, der den Großteil der kambodschanischen Provinz Svay Rieng ausmacht, haben sich die vietnamesischen Truppen nach ihrem ersten Großangriff auf Kambodscha im Dezember 1977 nie mehr zurückgezogen.

- Am 15. Juli 1978 behauptete das Organ der KPV, Nhan Dan, daß die Inselgruppe Poulo Way zu Vietnam gehöre, obwohl diese nach der Brevië-Linie unter kambodschanische Verwaltungshoheit fällt. Seit über drei Jahren, so Nhan Dan, hätten kambodschanische Einheiten "die vietnamesische Insel Way" angegriffen, wobei es sich jedoch in Wirklichkeit um einen Akt der territorialen Verteidigung von sei-

3.2.3.2. Der vietnamesische Wunsch nach "besonderen Beziehungen" und das Problem der "Indochinesischen Föderation"

Konkreter Ausdruck der von Vietnam gewünschten "besonderen Beziehungen" ist der von Hanoi und dem pro-vietnamesischen Heng-Samrin-Regime am 18. Februar 1979 unterzeichnete kambodschanisch-vietnamesische "Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit". Dieser für die Dauer von 25 Jahren gültige Vertrag sieht "immerwährende gemeinsame Verteidigungs- und Aufbauaktivitäten" vor und legitimiert im Nachhinein die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kambodscha. Ziel des Vertragswerkes ist es, "die militante Solidarität und brüderliche Freundschaft zwischen dem kambodschanischen, dem laotischen und dem vietnamesischen Volk zu stärken und die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern auszubauen". Nachdem die SRV bereits am 18. Juli 1977 mit Laos einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen hatte, war mit der Unterzeichnung des kambodschanisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrages das alte Ziel der Kommunistischen Partei Indochinas faktisch erreicht: Die Schaffung einer von Vietnam dominierten "Indochinesischen Föderation".

Die vietnamesischen Kommunisten begründen die "besonderen Beziehungen" zu Laos und Kambodscha, die die Führungsrolle Vietnams in Indochina implizieren, u.a. mit den "historischen und geographischen Bindungen" zwischen den drei Völkern. 1980 wurde von vietnamesischer Seite die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung gegen die chinesischen "Aggressionen" gegenüber Indochina als weitere Begründung für das - wie es nun schon heißt - "Sonderbündnis" zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha genannt. Nach Ansicht der Vietnamesen besteht das "besondere Verhältnis zwischen Vietnam und Kambodscha" bereits "seit unvordenklichen Zeiten", und die "besonderen Beziehungen mit der Kommunistischen Partei und dem Volk von Kambodscha" werden von der KPV seit ihrer Gründung im Jahre 1930 als "eine geheiligte Sache" angesehen.

In der Tat haben zwischen den vietnamesischen und kambodschanischen Kommunisten eine sehr lange Zeit hindurch "besondere Beziehungen" bestanden, insofern die kommunistische Bewegung Kambodschas nicht in Kambodscha geboren, sondern von vietnamesischen Kommunisten in das Land getragen wurde. Die 1951 gegründete kommunistische Revolutionäre Volkspartei Kambodschas rekrutierte sich in den ersten Jahren ihrer Existenz fast ausschließlich aus in Kambodscha lebenden Vietnamesen und war bis Anfang der sechziger Jahre völlig von der vietnamesischen Mutterpartei abhängig.

Vor 1951 hatte es auf der indochinesischen Halbinsel an kommunistischen Parteiorganisationen lediglich die Kommunistische Partei Indochinas gegeben, die im Oktober 1930 aus der Kommunistischen Partei Vietnams hervorgegangen war. Nach dem Willen der Kommunistischen Internationale sollte die Kommu-

nistische Partei Indochinas "die einzige kommunistische Organisation in Indochina sein". Obwohl der Kommunistischen Partei Indochinas auch lange Zeit nach ihrer Gründung keine Laoten und Kambodschaner angehörten, bezeichnete es die Partei in den folgenden Jahren als ihr Ziel, einen kommunistischen Staatenbund Indochina zu errichten. Das Ziel der vietnamesischen Kommunisten, nämlich die Etablierung einer Indochinesischen Föderation, blieb auch nach der Auflösung der KP Indochinas und der Gründung von drei nationalen kommunistischen Parteien in Vietnam, Laos und Kambodscha im Jahre 1951 bestehen.

Nach dem Scheitern ihrer Indochina-Vorstellungen auf der Genfer Konferenz von 1954 konzentrierten sich die vietnamesischen Kommunisten zunächst auf die Wiedervereinigung Vietnams. Doch nach der am 2. Juli 1976 erfolgten Wiedervereinigung Vietnams setzten die vietnamesischen Kommunisten auf ihrem IV. Parteitag im Dezember 1976 ihr Einigungskonzept für Indochina wieder auf die politische Tagesordnung: Der Parteitag beschloß, "die besonderen Beziehungen zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern von Laos und Kampuchea zu wahren und weiterzuentwickeln". In der Folge forderte Vietnam das Demokratische Kampuchea mehrfach auf, die "besonderen Beziehungen" mit der SRV zu "wahren", "verteidigen" und "weiterzuentwickeln", was von der Kommunistischen Partei Kampucheas unter Pol Pot strikt abgelehnt wurde. Um Grenz- bzw. Territorialfragen scheint es daher in der Auseinandersetzung zwischen Vietnam und Kambodscha ab 1977 nur noch am Rande gegangen zu sein. Nach dem IV. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams war der Hauptstreitpunkt zwischen Vietnam und Kambodscha offenbar der, daß Vietnam "besondere Beziehungen" zu Kambodscha etablieren wollte, während das Demokratische Kampuchea dies strikt zurückwies.

Als die vietnamesischen Kommunisten erkannten, daß die KPK zu "besonderen Beziehungen" mit Vietnam und damit zu einer Beendigung ihrer engen Bindungen an die VR China nicht bereit war, unternahmen sie alles, um eine Konsolidierung der Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha zu verhindern. Die KP Vietnams befürchtete offenbar, daß die promaoistische Ausrichtung der KPK-Führung und ihre zunehmende Abhängigkeit von der VR China das Demokratische Kampuchea zu einem festen chinesischen Bündnispartner machen würde, wodurch nicht nur der vietnamesische Plan einer Dominierung Indochinas durchkreuzt, sondern auch die Gefahr einer Einkreisung Vietnams durch China bzw. prochinesische Staaten erheblich vergrößert worden wäre. Die prochinesische Ausrichtung der KPK beeinträchtigte die Sicherheit Vietnams jedoch nur insofern, als Vietnam seine Expansionsbestrebungen gegenüber Kambodscha nicht auf friedlichem Wege und nur gegen den entschiedensten Widerstand der VR China durchsetzen konnte. Vietnams Sicherheit wurde von seiten Chinas erst nach der vietnamesischen Invasion Kambodschas bedroht und nicht vorher. Vietnam brachte sich durch seine Expansion gegenüber Kambodscha also selbst in die heutige Lage seiner Bedrohung durch China. Das von Vietnam immer wieder betonte Sicherheitsbedürfnis gegenüber der "chinesischen Bedrohung" ist daher originär kein defensives sondern ein offensives - es ist seinem Ursprung nach das "Sicherheitsbedürfnis" eines Angreifers.

Nachdem es der Kommunistischen Partei Vietnams nicht gelungen war, durch Unterstützung von Staatsstreichversuchen pro-vietnamesischer Kräfte gegen das Pol-Pot-Regime in den Jahren 1977 und insbesondere 1978 die zu "besonderen Beziehungen" mit Vietnam nicht bereite DK-Führung von innen heraus zu stürzen, faßte sie im Frühjahr 1978 den Beschluß, Kambodscha zu erobern und das Pol-Pot-Regime durch eine pro-vietnamesische kambodschanische Regierung zu ersetzen. Am 25. Dezember 1978 marschierten 12 Divisionen vietnamesischer Soldaten (ca. 120.000 Mann) in Kambodscha ein. Am 7. Januar

1979 eroberten sie die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh, stürzten das Pol-Pot-Regime und setzten am 8. Januar eine pro-vietnamesische Regierung unter Heng Samrin ein.

3.2.4. Vietnams Ziele in Indochina

Aus den in den vorangehenden drei Punkten vorgenommenen Darstellung und Analyse der Hauptursachen des kambodschanisch-vietnamesischen Konflikts geht eindeutig hervor, daß das eigentliche Ziel Vietnams auf der indochinesischen Halbinsel in der Schaffung eines indochinesischen Staatenbundes unter Führung Vietnams bei begrenzter Souveränität der Staaten Laos und Kambodscha liegt. Sowohl das traditionelle Siedungsverhalten Vietnams in Indochina als auch aktuelle Äußerungen vietnamesischer Politiker lassen darauf schließen, daß Vietnam langfristig eine völlige Vietnamisierung von Laos und Kambodscha anstrebt.

Mit der Errichtung des unter vietnamesischer Führung stehenden Staatenbunds Indochina bezweckt Vietnam vor allem folgende drei Ziele:

1. Sicherung der Ernährung der vietnamesischen Bevölkerung durch Anbindung der Reis- und Proteinkammer Kambodscha.
2. Schaffung von zusätzlichem Lebensraum für das im Vergleich zu Laos und Kambodscha überbevölkerte Vietnam.
3. Ausschaltung des chinesischen Einflusses auf die indochinesische Halbinsel und Schaffung besserer Verteidigungsmöglichkeiten gegenüber China.

Vietnams Politik während der beiden letzten Indochina-Kriege hat meines Erachtens das folgende Konfliktverhalten offenbart, das bei der Ausarbeitung und Bewertung von Vorschlägen zur Lösung des gegenwärtigen Konflikts berücksichtigt werden muß:

1. Zur Erreichung seiner Ziele ist Vietnam in jeder Hinsicht zu größten Opfern bereit und auch fähig.
2. Einem Kompromiß mit dem Gegner stimmt Vietnam nur vermittelt größten militärischen Drucks seiner Gegner oder vermittelt politischer Pressionen seiner Verbündeten zu. Letzteres ereignete sich auf der Genfer Indochina-Konferenz 1954, als Vietnam aufgrund des politischen Drucks von seiten der UdSSR und der VRCh schließlich seine Maximalforderung nach Vereinigung Indochinas aufgab und dem auf der Konferenz erarbeiteten Kompromiß zustimmte.
3. Die Position des Gegners muß kompromißfähig sein, d.h. vor allem die nationalen Sicherheitsinteressen Vietnams berücksichtigen.

4. Die weitere Entwicklung des kambodschanisch-vietnamesischen Konfliktes, die Möglichkeiten seiner Lösung und die New Yorker Kambodscha-Konferenz der Vereinten Nationen

Regierungsvertreter der Sozialistischen Republik Vietnam haben nach der Besetzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen mehrfach erklärt, daß sie die von Vietnam geschaffene gegenwärtige Lage in Indochina für "irreversibel" halten. Vietnam spricht bereits politisch für ganz Indochina und betrachtet - zusammen mit den Staaten des Warschauer Paktes - andere Vorschläge zur Lösung des Konflikts um Kambodscha, wie z.B. die Einberufung einer internationalen Kambodscha-Konferenz, als eine "Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten" (6). Vietnam ist also in der Kambodscha-Frage gegenwärtig überhaupt nicht kompromißbereit.

Gleiches gilt jedoch auch für die Volksrepublik China, die nach wie vor das gestürzte Pol-Pot-Regime unterstützt und die Roten Khmer als führende politische Kraft in Kambodscha wieder herstellen möchte. Bereits wenige Tage nach der Besetzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen erklärte der Generalsekretär der Militärkommission des Zentralkomitees der KPCh und heutige chinesische Verteidigungsminister, Geng Biao, in einer Geheimrede am 16. Januar 1979: "Die Kommunistische Partei Kampuchas ist unsere Bruderpartei... Ihr Kampf ist auch unser Kampf, und ihre Siege sind auch unsere Siege... Egal, wie langwierig und teuer es sein wird, wir werden sie bis zuletzt unterstützen." (7)

Es ist offensichtlich, daß sich die VR China und die SRV bei Beibehaltung ihrer derzeitigen Standpunkte nicht über Kambodscha einigen können. Beide Parteien erscheinen heute sowohl unfähig als auch unwillig zum Frieden in einer Region, die beide als ihre - sich angeblich aus historischen und geographischen Gegebenheiten ergebende - Einflußsphäre betrachten. Ein Ende des Konfliktes zwischen dem Demokratischen Kampuchea bzw. der VR China und der Sozialistischen Republik Vietnam (mit der Sowjetunion als Stütze) ist daher nicht absehbar.

Vorstellbar ist die Fortsetzung des chinesischen indirekten Vier-Fronten-Zermürbungskrieges gegen Vietnam über Jahre hinaus - mit dem möglichen Ergebnis, daß die Roten Khmer wieder an die Macht kommen und Kambodscha erneut in den chinesischen Einflußbereich gerät. Das gegenwärtige strategische Ungleichgewicht auf der indochinesischen Halbinsel würde dadurch jedoch lediglich zu Gunsten der VR China verschoben, aber nicht aufgehoben. Die Stellung der ASEAN-Staaten würde dadurch nicht gestärkt, sondern eher geschwächt werden, da in diesem Fall die VR China zu einer ernsthaften Bedrohung für die Unabhängigkeit der südostasiatischen Staaten heranwachsen würde.

Die bisherige offizielle Politik der ASEAN-Staaten, nämlich die - insbesondere im Falle Thailands - mehr oder weniger aktive Unterstützung der Roten Khmer, könnte sich daher langfristig als gefährlicher erweisen als sie kurzfristig von Nutzen erscheint. Weder für die ASEAN-Staaten noch für den Westen scheint ein Nutzen aus der Unterstützung der chinesischen Indochinapolitik ersichtlich, den vietnamesischen Statthalter (Heng Samrin) durch einen chinesischen (Pol Pot) zu ersetzen. Sich in der Auseinandersetzung mit Vietnam mit China, das im südostasiatischen Raum ebenfalls territoriale Expansionsinteressen hat, zu verbünden oder zumindest im Einklang mit der chinesischen Indochinapolitik zu handeln, kann den Konflikt um Kambodscha nur verschärfen und nimmt den ASEAN-Staaten die Möglichkeit, eine eigenständige, zwischen den Konfliktparteien ausgewogene und mit Vietnam verhandelbare Position einzunehmen.

Eine Lösung des gegenwärtigen Indochina-Konfliktes könnte in einer Neutralisierung von Kambodscha mit internationalen Garantien und in der Entwaffnung aller in Kambodscha kämpfenden Parteien liegen. Darüber hinaus müßte Vietnam - neben dem Rückzug seiner Truppen aus Kambodscha und der Zulassung von freien Wahlen in Kambodscha unter internationaler Aufsicht - seine engen Bindungen zur Sowjetunion lockern, während gleichzeitig die VR China die Souveränität und territoriale Integrität Vietnams anerkennen und der Westen zumindest großzügige Wirtschaftshilfe an Vietnam leisten müßte. Eine derartige Lösung erscheint jedoch angesichts der unvereinbaren Positionen Chinas und Vietnams als unerreichbar. Beide Konfliktparteien begreifen eine Konfliktlösung offenbar nur in den Kategorien von Sieg und Niederlage bzw. in der Vernichtung des jeweiligen Gegners.

Eine andere Möglichkeit der Beilegung des Konflikts wäre eine regionale Lösung unter Ausschluß der Großmächte, d.h. auch der Volksrepublik China. Sie müßte auf vietnamesischer Seite einen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und die Zulassung von freien Wahlen oder zumindest einer Koalitionsregierung unter Heng Samrin/Pen Sovan, Sihanouk und Son Sann beinhalten, während sich die ASEAN-Staaten zur Beendigung ihrer Unterstützung für das Demokratische Kampuchea bereitzuerklären hätten. Die Verhandlungen hierüber hätten zwischen Vietnam auf der einen und den ASEAN-Staaten oder nur Thailand auf der anderen Seite zu erfolgen, da eine Teilnahme des Heng Samrin/Pen Sovan-Regimes einer de-facto-Anerkennung dieser von Vietnam eingesetzten Regierung gleichkäme. Diese Lösung würde jedoch auch voraussetzen, daß Vietnam sein Ziel einer direkten Beherrschung von Kambodscha aufgibt - eine Konzession, die Vietnam nur machen wird, wenn es erkennt, daß Kambodscha militärisch nicht zu befrieden ist. Ein derartiger regionaler Lösungsversuch hätte jedoch gegenüber internationalen Beilegungsbestrebungen den Vorteil, daß die Lösung des kambodschanisch-vietnamesischen Konflikts vom sino-vietnamesischen Konflikt abgekoppelt werden könnte, dem neben der vietnamesischen Kambodscha-Politik noch weitere Konfliktstoffe zugrundeliegen.

Die Kambodscha-Konferenz der Vereinten Nationen, die vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York stattfand, hat meines Erachtens nicht zu einer politischen Lösung des Konflikts in und um Kambodscha beitragen können. In erster Linie lag dies daran, daß Vietnam und die es unterstützenden Ostblockstaaten eine Konferenzteilnahme u.a. als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampuchreas" von vornherein abgelehnt hatten. Da dies aufgrund der unvereinbaren Positionen Vietnams und Chinas in der Kambodscha-Frage vorauszusehen war, wäre es die Aufgabe der Kambodscha-Konferenz gewesen, eine für Vietnam - zumindest theoretisch - akzeptable Lösung des Kambodscha-Problems vorzuschlagen, um so den Beginn von Verhandlungen mit Vietnam über eine politische Lösung des Kambodscha-Konflikts einzuleiten zu versuchen.

Ein vielversprechender Lösungsvorschlag wurde von den ASEAN-Staaten auf der Tagung ihrer Außenminister in Manila vom 17. bis 18. Juni 1981 erarbeitet. Unter anderem sah er folgende sechs zentrale Punkte vor:

1. Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha unter der Aufsicht der UNO.
2. Entsendung einer UNO-Friedenstruppe nach Kambodscha zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung.
3. Entwaffnung aller Khmer-Gruppierungen sofort nach Abzug aller ausländischen Truppen.
4. Bildung einer kambodschanischen Interims-Regierung bis zur Inkraftsetzung des Ergebnisses freier Wahlen in Kambodscha.
5. Abhaltung freier, geheimer Wahlen (unter Beteiligung aller politischen Gruppierungen) zu einer kambodschanischen Nationalversammlung unter Aufsicht der UNO.
6. Garantien der direkten und indirekten Konfliktparteien, daß Kambodscha in Zukunft keine feindliche Politik gegenüber seinen Nachbarn verfolgen werden.

Dieser Lösungsvorschlag der ASEAN-Staaten, der - mit Ausnahme der Erklärung der Vakanz des Sitzes von Kambodscha bei den Vereinten Nationen - in seinem Kerngehalt identisch war mit der von Prinz Norodom Sihanouk seit Mitte 1979 geforder-

ten Neutralisierung Kambodschas (8), sah praktisch das militärische und politische Ende der Roten Khmer bzw. des Demokratischen Kampuchea vor, denn die entwaffneten Guerillas Pol Pots hätten bei wirklich freien Wahlen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die Spur einer Chance auf einen Wahlerfolg. Mit dem Ende der Roten Khmer wäre die Grundvoraussetzung für einen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha erfüllt, wenn die Interessen Vietnams in Kambodscha tatsächlich - wie es vorgibt - rein defensiver Natur (Verteidigung gegen "die chinesische Bedrohung") sind. Obwohl letzteres aufgrund verschiedener Äußerungen vietnamesischer Politiker (9) und aufgrund des traditionellen vietnamesischen Siedlungsverhaltens auf der indochinesischen Halbinsel bezweifelt werden muß, hätte der ASEAN-Vorschlag - im Falle seiner Übernahme durch die New Yorker Kambodscha-Konferenz - Vietnam zumindest in Zugzwang gesetzt, und - im Falle einer Ablehnung durch Vietnam - den offensiven bzw. aggressiven Charakter der vietnamesischen Politik in Indochina vor aller Welt offengelegt. Letzteres hätte mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Stärkung der Ablehnungsfront innerhalb der UNO gegen das vietnamesische Vorgehen in Kambodscha geführt. Schließlich stellte der ASEAN-Vorschlag keine einseitige Aufgabe von politischen Positionen dar, da die militärische und politische Ausschaltung der Roten Khmer mit dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha verknüpft wurde.

Auf der New Yorker Kambodscha-Konferenz der UNO gelang es den ASEAN-Staaten jedoch nicht, ihren von der EG unterstützten Vorschlag durchzusetzen, da sich die Volksrepublik China (und natürlich auch das Demokratische Kampuchea) der Stationierung von UNO-Friedenstruppen in Kambodscha, einer Entwaffnung der Roten Khmer nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen und der Bildung einer Interims-Regierung widersetzte. In einem Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua (Neues China) vom 16. Juli 1981 wurde die Entwaffnung aller Khmer-Truppen als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampuchreas" (d.h. des von der UNO nach wie vor anerkannten "Demokratischen Kampuchea") abgelehnt. Der Entwaffnungsvorschlag - so Xinhua - "zielt darauf ab, jede Möglichkeit auszuschließen, daß eine bestimmte patriotische Kraft (d.h. die Roten Khmer; Anm.d.Verf.) aus den Wahlen als Sieger hervorgeht". Das heißt, China sieht keine Möglichkeit für die Roten Khmer, die Wahlen zu gewinnen, wenn sie unbewaffnet sind, und lehnt deshalb eine Entwaffnung der Roten Khmer ab. Dies bedeutet weiterhin, daß China den Roten Khmer unter allen Umständen die Möglichkeit erhalten will, mit militärischer Gewalt ein für sie günstiges Wahlergebnis zu erzwingen. In dem gleichen Kommentar wurde auch die Bildung einer kambodschanischen Interims-Regierung bis zur Inkraftsetzung der Ergebnisse freier Wahlen mit der Begründung abgelehnt, daß Kambodscha bereits eine legitime Regierung besitze, nämlich die Regierung des Demokratischen Kampuchea. Deshalb stelle die Bildung einer Übergangsregierung ebenfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines UNO-Mitgliedslandes dar. Diese Haltung der Volksrepublik China ist ein weiteres eindeutiges Indiz dafür, daß China die Roten Khmer wieder als führende politische Kraft in Kambodscha einsetzen will. Aus diesem Grund widersetzte sich die VR China in einem vertraulichen Memorandum an die Adresse der ASEAN-Staaten auch der Beteiligung von Prinz Sihanouk und Son Sann an der UNO-Konferenz, mit der Begründung, die beiden seien mit den Roten Khmer noch keine Einheitsfront eingegangen (10) - ein Bündnis, das die Pol-Pot-Guerillas eindeutig im Vorteil sähe (es sei denn, Sihanouk und Son Sann erhielten umfangreiche westliche Hilfe).

Die starre Haltung der Volksrepublik China gegenüber Vietnam, die darauf hinausläuft, Vietnam langfristig auszubluten und auf der indochinesischen Halbinsel prochinesische Regierungen einzusetzen, gibt zu der Überlegung Anlaß, ob die

Möglichkeit einer Beilegung des Kambodscha-Konflikts auf regionaler Ebene und ohne die Beteiligung der Volksrepublik China nicht größer wäre als auf internationaler Ebene mit chinesischer Beteiligung, zumal dem sino-vietnamesischen Konflikt noch weitere Konfliktstoffe (u.a. territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer) zugrundeliegen. Sicherlich ist auch Vietnam in der Kambodscha-Frage gegenwärtig überhaupt nicht kompromißbereit, doch sollten Vietnams Verhandlungsspielräume wenigstens einmal durch einen für Vietnam zumindest theoretisch akzeptablen Lösungsvorschlag ausgetestet werden. Daß dies bei Beteiligung der Volksrepublik China offenbar nicht möglich ist, hat die UNO-Konferenz über Kambodscha deutlich gemacht.

In ihrer Abschlußerklärung riefen die Teilnehmer der Kambodscha-Konferenz zu Verhandlungen für eine "umfassende politische Lösung des Kambodscha-Problems" auf, wobei folgende vier Punkte den Hauptverhandlungsgegenstand darstellen sollen:

1. Waffenstillstand zwischen allen Konfliktparteien in Kambodscha und Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha unter Aufsicht der UNO.
2. "Angemessene Vorkehrungen" die gewährleisten sollen, daß die verschiedenen bewaffneten Gruppierungen in Kambodscha
 - den Ablauf freier Wahlen nicht be- oder sogar verhindern können,
 - während des Wahlvorgangs das Volk weder einschüchtern noch bedrohen können und
 - das Ergebnis freier Wahlen anerkennen.
3. "Angemessene Maßnahmen", die nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus Kambodscha, während der freien Wahlen und bis zur Etablierung einer neuen Regierung die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung in Kambodscha gewährleisten.
4. Abhaltung von freien Wahlen unter Aufsicht der UNO, an denen alle Kambodschaner teilnehmen können.

Diese vier Punkte geben keinerlei Garantie dafür, daß die Roten Khmer mit Waffengewalt nicht wieder an die Macht kommen, denn: Die Volksrepublik China lehnt sowohl die Entwaffnung der Pol-Pot-Guerillas als auch die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe ausdrücklich strikt ab. Die allein "angemessene Maßnahme" für die Abhaltung freier Wahlen in Kambodscha ist für die chinesische Regierung - wie sie in einem Kommentar der Nachrichtenagentur Neues China vom 16. Juli 1981 klargestellt hat - die Organisation der Wahlen durch die "legitime Regierung von Kampuchea", (nämlich das von der UNO anerkannte Demokratische Kampuchea), oder durch eine "von den verschiedenen patriotischen Kräften gebildete Koalitionsregierung" (in der - wie schon von 1970 bis 1975 - die militärisch am besten ausgerüsteten und gedrillten Roten Khmer die eigentliche Macht ausüben würden), und zwar ohne jeglichen Einfluß von außen. Welchen Charakter solche de facto von den Roten Khmer organisierten Wahlen hätten, kann sich jedermann anhand der Politik der Roten Khmer von 1975-78 ausmalen...

Die in der Abschlußerklärung der New Yorker Kambodscha-Konferenz genannten vier Punkte einer politischen Lösung des Kambodscha-Problems stellen daher keine gute Grundlage für den Beginn von Verhandlungen mit Vietnam dar. Im Gegenteil, Vietnam wird damit erneut die Gelegenheit geboten, die bisherigen Bemühungen der UNO zur Lösung des Konflikts in Indochina - durchaus zu Recht - als letztlich auf eine Reetablierung der Roten Khmer an die politische

Macht in Kambodscha hinauslaufend ablehnen zu können. So ist es denn auch sehr verwunderlich, daß sich die Staaten der ASEAN und der Europäischen Gemeinschaft auf der Kambodscha-Konferenz zu derart weitreichenden Konzessionen an die Volksrepublik China bereiterklärten, obwohl bekannt war, daß es der Volksrepublik China einzig und allein um die Reinstallierung des Pol-Pot-Regimes an die politische Macht in Kambodscha geht, und daß die Abschlußerklärung der New Yorker Kambodscha-Konferenz der Volksrepublik China die weitere Aufrechterhaltung dieser Option erlaubt. Die Staaten der ASEAN und der Europäischen Gemeinschaft handelten damit - trotz gegenteiliger verbaler Behauptungen - de facto in Einklang mit der chinesischen Indochina-Politik.

Die politische Fragwürdigkeit der Anerkennung des Demokratischen Kampuchea als legitime kambodschanische Regierung und Vertretung Kambodschas bei den Vereinten Nationen wurde auf der New Yorker UNO-Konferenz über Kambodscha erneut offensichtlich, als sich die Volksrepublik China u.a. in ihrer Argumentation gegen den ASEAN-Vorschlag der Einsetzung einer Übergangsregierung und der Entwaffnung aller Khmer-Truppen auf die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea als legitime kambodschanische Regierung durch die UNO berief und deshalb den ASEAN-Vorschlag als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines UNO-Mitgliedstaates und damit als Verletzung der UN-Charta ablehnte. Darüber hinaus begründete die Volksrepublik China ihre Forderung nach Organisation von freien Wahlen in Kambodscha durch die Regierung des Demokratischen Kampuchea damit, daß das DK die von den Vereinten Nationen anerkannte legitime Regierung Kambodschas sei. China setzte also die von den Staaten der ASEAN und der Europäischen Gemeinschaft als Taktik gegen die vietnamesische Besetzung Kambodschas aufrechterhaltene Anerkennung des DK für seine Strategie der Wiederherstellung der Roten Khmer als führende politische Kraft in Kambodscha ein. Dies widerspricht offenkundig den verbal geäußerten Interessen der ASEAN-Staaten und der EG. Genausowenig kann es im Interesse dieser Staaten sein, daß offenbar jegliche Unterstützung für die Roten Khmer indirekt der Stabilisierung der vietnamesischen Oberherrschaft über Kambodscha dient, da die große Mehrheit der kambodschanischen Bevölkerung offensichtlich nur aus Angst vor einer Rückkehr der Roten Khmer an die politische Macht die vietnamesische Besetzung ihres Landes akzeptiert. Vietnam nutzt diese wie ich meine - begründete Furcht der kambodschanischen Bevölkerung indem es die Präsenz seiner Truppen in Kambodscha mit der durch ausländische Hilfe aufrechterhaltenen Bedrohung des kambodschanischen Volkes durch die Roten Khmer legitimiert. Schließlich stellt die Anerkennung des DK als legitime Vertretung Kambodschas bei den Vereinten Nationen eines der Haupthindernisse für Verhandlungen mit Vietnam dar.

Eine Alternative wäre die Erklärung der Vakanz des Sitzes von Kambodscha bei den Vereinten Nationen bis zur Abhaltung international kontrollierter freier und geheimer Wahlen zu einer kambodschanischen Nationalversammlung mit der Begründung, daß offensichtlich weder das prochinesische Pol Pot-Regime noch die provietnamesische Regierung Heng Samrin/Peng Sovan die legitime Vertretung des kambodschanischen Volkes darstellen (11). Die Erklärung der Vakanz des Sitzes von Kambodscha bei den Vereinten Nationen bis zu freien und geheimen Wahlen in diesem Land würde auch weiterhin die Verurteilung der Intervention Vietnams in Kambodscha ermöglichen. Darüber hinaus würde die Vakanz des Sitzes von Kambodscha mit großer Wahrscheinlichkeit mehr und langfristige Unterstützung innerhalb der UNO-Vollversammlung finden als die in jeder Hinsicht problematische Anerkennung des Pol-Pot-Regimes bei den Vereinten Nationen.

Welche Lösungsmöglichkeiten verbleiben nach dem durch die Politik Chinas bedingten Mißerfolg der New Yorker UNO-Konferenz über Kambodscha?

Die ASEAN-Staaten könnten nun versuchen, ihren auf der Konferenz von Manila erarbeiteten Lösungsvorschlag (siehe oben) Vietnam als Ausgangspunkt von regionalen Verhandlungen ohne Beteiligung der Großmächte zu unterbreiten. Dieser Vorschlag stellt in der Tat "eine ausgezeichnete Grundlage" (12) für eine weitgehende politische Lösung des Konflikts in und um Kambodscha dar, da er Vietnam garantiert, daß weder die Roten Khmer noch irgendeine andere vietnamfeindliche politische Gruppierung in Zukunft die Regierungsgewalt in Kambodscha ausüben werden. Die ASEAN-Staaten haben bereits seit längerem mehrfach deutlich gemacht, daß sie zwar aus sicherheitspolitischen Gründen auf einem vietnamesischen Truppenrückzug aus Kambodscha beharren, jedoch - im Gegensatz zur Volksrepublik China - nicht an einer totalen Zermürbung Vietnams, sondern an einem starken, unabhängigen Vietnam als Puffer zwischen China und Südostasien und als künftiges Mitglied der südostasiatischen Staatengemeinschaft interessiert sind.

Anmerkungen

- 1) Siehe hierzu u.a. W.Frhr.v.Marschall, The War in Cambodia - its Causes and Military Development and the Political History of the Khmer Republic, 1970-1975, London 1976; W.Shawcross, Schattenkrieg - Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas, Frankfurt/Berlin 1980, S.120ff.
- 2) Bei dieser Schätzung gehe ich von folgenden Zahlen und Überlegungen aus:
 - Offiziellen Angaben eines Regierungsvertreters der Volksrepublik Kampuchea (VRK) zufolge lebten Ende 1980/Anfang 1981 5,7 Millionen Kambodschaner in der VRK (nach: C.a., Mai 1981, S.333). Zusammen mit den ca. 300.000 kambodschanischen Flüchtlingen im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet (FAO-Angaben, November 1980) zählte die kambodschanische Bevölkerung Ende 1980 damit ca. 6 Mio. Menschen. (Die FAO-Zahl in Höhe von 6,5 Mio. Kambodschanern im Jahre 1980 erscheint mir zu hoch - die gleiche Organisation bezifferte die kambodschanische Bevölkerung Ende 1979 noch mit 5,5 Mio.).
 - Wenn man angesichts des "Baby-Booms" in Kambodscha seit 1980 von einer Bevölkerungswachstumsrate von knapp 3% für 1980 ausgeht, betrug die kambodschanische Bevölkerung Ende 1979 ca. 5.830.000. Diese Zahl entspricht in etwa der Schätzung von 6 Mio. Kambodschanern durch verschiedene internationale Hilfsorganisationen und die VRK-Regierung Ende 1979 (nach: The Far East and Australasia 1980-81).
 - Wenn man weiterhin die Anzahl der während der Hungerkatastrophe 1979 an Hunger und Krankheit Verstorbenen mit ca. 400.000 (CIA-Studie 1980) und die Zahl der 1979 von Drittländern (d.h. nicht von Thailand oder Vietnam) aufgenommenen Kambodschaner mit ca. 100.000 annimmt, belief sich die kambodschanische Bevölkerung Ende 1978 theoretisch auf ca. 6.330.000 Menschen abzüglich der zuvor nach Vietnam geflohenen Vietnamesen und Kambodschaner, der in Drittländer geflüchteten Kambodschaner und der Kriegspfer von 1975 bis 1978, die von 1975 bis 1978 nach Vietnam geflohenen Vietnamesen und Kambodschaner kommen nicht zum Abzug, da sie meiner Annahme nach bis 1980 nach Kambodscha zurückgekehrt waren, d.h. in der Bevölkerungszahl für 1980 (6 Mio, in inklusive der kambodschanischen Flüchtlinge in Thailand) enthalten sind.

- Die nun erreichte Zahl von 770.000 bezeichnet jedoch immer noch nicht die Zahl der aufgrund der radikalen Innenpolitik des Pol-Pot-Regimes über die normale Sterberate hinaus umgekommenen Personen: es muß nämlich noch der Bevölkerungszuwachs von April 1975 bis Dezember 1978 hinzugerechnet werden, der sich durch Neugeburten ergab, sich jedoch aufgrund der ungewöhnlich hohen Sterberate nicht in steigenden Bevölkerungszahlen ausdrücken konnte. Aufgrund der von April 1975 bis Dezember 1978 herrschenden Umstände dürfte der Geburtenzuwachs erheblich niedriger als zu normalen Zeiten gelegen haben. Da sich die Bevölkerungswachstumsrate zwischen 1970 und 1975 im Vergleich zum Zeitraum 1962 bis 1969 von 2,5% auf 1,2% verringert hatte, nehme ich an, daß sie zwischen 1975 und 1978 noch einmal um maximal 50% zurückging, d.h. mindestens 0,6% betrug. Es ergibt sich dann ein Zuwachs von rund 150.000 Menschen für den Zeitraum von 1975 bis 1978, der dem durch die radikale Innenpolitik der Roten Khmer bedingten absoluten Bevölkerungsrückgang in Höhe von 970.000 hinzugezählt werden muß. Diese Rechnung ergibt dann die Zahl von 1.120.000 Kambodschanern, die der Politik der Roten Khmer zum Opfer fielen (bei einer Ausgangsbasis von 6 Mio. Ende 1979: 750.000).

Abschließend muß noch einmal betont werden, daß es sich hierbei um eine Schätzung handelt, die auf Zahlenangaben beruht, die empirisch kaum nachprüfbar sind. Möglicherweise liegt die Zahl der von den Roten Khmer auf die ein oder andere Weise umgebrachten Menschen noch höher: So könnte die auf einer CIA-Schätzung beruhende Annahme von 7,4 Mio. Kambodschanern im April 1975 um ca. 100.000 zu niedrig sein, und der Bevölkerungszuwachs von 1975 bis 1978 könnte um 50.000 höher gelegen haben.

Die Schätzung von ca. 1 Mio Toten über die normale Sterberate hinaus in den Jahren 1975 bis 1978 entspricht den Angaben, die die Führer der Roten Khmer - unbestätigten Berichten zufolge - intern gemacht haben sollen. So soll Pol Pot - einer Meldung von Radio Hanoi vom 13. September 1978 zufolge - im August 1977 vor einer Gruppe von Funktionären ausgeführt haben: "Obwohl eine Million Menschenleben verloren gegangen sind, bedauert es unsere Partei nicht. Unsere Partei muß stark sein." (nach: W.Shawcross, op.cit., S.415-416) Und Ieng Sary soll - nach einem Bericht in der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitschrift Zhenxiang (1979/Nr.8, S.21-24) - im Mai 1979 auf einer Sitzung des Armeekommandos der Roten Khmer geäußert haben, daß zwischen 1 Mio. und 2 Mio. Menschen der radikalen "Klassenkampf"-Politik der Roten Khmer zum Opfer gefallen seien.

- 3) Dieser Teil (3.) stellt im wesentlichen eine stark gekürzte und überarbeitete Fassung eines Aufsatzes dar, den ich unter dem Titel "Der Konflikt zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea und seine Ursachen" in dem von Werner Draguhn und mir herausgegebenen Sammelband Indochina: Der permanente Konflikt?, Hamburg 1981, S.77-135, veröffentlicht habe. Ausführliche Quellennachweise finden sich dort.

- 4) Die vier Fronten, an denen die Volksrepublik China seit Frühjahr 1979 einen verdeckten, langfristig angelegten Zermürbungskrieg gegen Vietnam führt, sind:

1. Die chinesisch-vietnamesische Grenze, an der die VRCh permanent zwischen 20 und 30 Divisionen postiert hat. Regelmäßige Grenzzwischenfälle und chinesische Warnungen vor einem erneuten "Straffeldzug" gegen Vietnam verstärken den Druck auf Vietnam, seinerseits mehrere Divisionen Elitesoldaten an der Grenze zu China in ständiger militärischer Alarmbe-